

Pensionen gestern und heute. Und morgen?

Heftige Einschnitte seit 1991

Die Diskussionen über die dramatisch zunehmende Altersarmut, insbesondere der Rentnerinnen und Rentner, sind auch an die Kolleginnen und Kollegen im Beamtenverhältnis adressiert. In den Medien wird der nicht ganz falsche Eindruck verbreitet, dass die Beamtenversorgung weitaus besser ist als die Versorgung über das gesetzliche Rentenversicherungssystem. Unberücksichtigt bleibt in der Diskussion jedoch, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Großbetrieben eine zusätzliche Betriebsrente und Angestellte im öffentlichen Dienst eine zusätzliche Altersversorgung erwarten können.

Die zunehmende Altersarmut kommt jedoch nicht unverhofft. Sie war und ist ausdrücklicher Wille der Regierungsparteien von gestern und heute. Die unbemerkten Kürzungen im Rentenrecht sind meist inhaltsgleich auf das Recht der Beamtenversorgung übertragen worden. Sie sind sukzessive eingeführt worden; und somit treten die drastischen Verschlechterungen erst im Laufe von mehreren Jahren ein.

Die Gewerkschaften sollten auf Bestrebungen vorbereitet sein, die miserable Altersver-

sorgung der Rentnerinnen und Rentner auch durch Reduzieren der Beamtenversorgung zu verbessern.

Die nachfolgenden Beispielrechnungen auf Basis der gegenwärtigen Besoldung verdeutlichen die bisherigen Verschlechterungen in der Beamtenversorgung.

Ausgangspunkt ist jeweils die gleiche, nicht untypische Biografie eines Berufsschullehrers (siehe Tabelle unten links).

Drei Beispiele für Pensionsberechnungen bei gleichen Voraussetzungen (bis 31.12.1991, am 30.12.2011 und am 31.12.2031):

Berechnung 1

Bis zum 31.12.1991 (altes Recht): 3.761,09 € brutto

Das ergibt eine ruhegehaltsfähige Dienstzeit von 38 Jahren.

Dies bedeutete nach dem Recht bis zum 31.12.1991 einen Pensionssatz von 75 %. Dieser Höchstsatz war bis dahin nach 35 Jahren ruhegehaltstfähiger

Ruhegehaltswirksame Zeiten	
1 Jahr	Ausbildung (oder Praktikum)
4,5 Jahre	Studium / Prüfung
1,5 Jahre	Referendariat
31 Jahre	Schuldienst
= 38 Jahre	

19. Lebensjahr	Abitur
22. Lebensjahr	Ende der Ausbildung
23. Lebensjahr	Ende der Tätigkeit in der Privatwirtschaft
28. Lebensjahr	Ende des Studiums und 1. Staatsexamen
30. Lebensjahr	Ende des Referendariats und 2. Staatsexamen
63. Lebensjahr	Pensionierung auf eigenen Antrag, Besoldungsgruppe A 13-Z, verheiratet (insgesamt 2 Jahre wegen Beurlaubung, Teilzeit oder Sabbatjahr nicht pensionswirksam)

Ausgewählte Biografie eines Berufsschullehrers

Grundgehalt: 4.435,12 € Verheiratenzuschlag: 115,67 € (Ehefrau nicht im öffentlichen Dienst) Allgemeine Stellenzulage: 78,24 € Weihnachtsgeld 100 %: 385,75 € (monatlich) Ruhegehaltfähige Dienstbezüge: 5.014,78 € Hiervon 75 % hätten eine monatliche Pension von 3.761,09 € (brutto) ergeben.

Dienstzeit erreicht.

Auf der Basis der derzeitigen Besoldung (Endstufe A 13-Z, verheiratet) hätte sich die Pension folgendermaßen errechnet:

Berechnung 2

Am 31.12.2011 (sogenanntes Mischrecht): 2934,32 brutto

Von den 38 Jahren der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit hat bis zum 31.12.1991 der Kollege 18 Jahre (nach altem Recht) und 20 Jahre (nach Übergangsrecht) zurückgelegt. Dies hätte einen Pensionssatz von 71 % * zur Folge gehabt. Auf der Basis der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge von 4.629,03 € (jetzt ohne Weihnachtsgeld) bedeutete dies einen Betrag von 3.286,61 €. Zum 31.12.2011 wurden alle Pensionen aufgrund der Absenkung der Höchstpension von 75 % auf 71,75 % mit dem Faktor 0,96208 reduziert, sodass für den Kollegen noch 3.161,98 € errechnet wurden.

Zusätzlich wird dieser Betrag nochmals um 7,2 % verringert, da der Kollege 2 Jahre vor sei-

* bis 31.12.1991 18 Jahre; für die ersten 10 Jahre 35 %, für 8 Jahre je 2 % = 16 % ab 1992 weitere 20 Jahre je 1 % = 20 %

nem eigentlichen Pensionsalter auf eigenen Antrag pensioniert worden ist.

Somit ergibt sich ein monatlicher Pensionsbetrag von 2.934,32 € (brutto).

Berechnung 3

Am 31.12.2031 (neues Recht): 2547,46 brutto

Die ruhegehaltsfähigen Dienstzeiten werden sich auf 35,84 Jahre reduziert haben, weil von der Studien- und Prüfungszeit nur noch 2,34 Jahre (855 Tage) berücksichtigt werden. Der Ruhegehaltssatz beträgt dann 64,29 % (35,84 Jahre x 1,79375 %).

Bezogen auf das Bruttoentgelt (4.629,03 €) macht dies einen Betrag von 2.976,00 € aus.

Dieser Betrag wird im Jahre 2031 um einen Abschlag von 14,4 % reduziert, da der Kollege dann 4 Jahre vor seinem eigentlichen Pensionsalter (67. Lebensjahr) auf eigenen Antrag pensioniert werden wird.

Somit ergibt sich ein monatlicher Pensionsbetrag von 2.547,46 € (brutto).

Die Pensionen sind, hier beispielhaft dargestellt, im Zeitraum von 1991 bis 2011 um 22 % gekürzt worden und von 2011 bis 2031 werden sie noch einmal um 13,2 % verringert werden, insgesamt von 1991 bis 2031 um 32,3 %!

Es ist zu beachten, dass von einem Kollegen mit der Besoldungsgruppe A 13-Z (höherer Dienst) in der Endstufe ausgegangen wird. Wie sich das gegenwärtige Versorgungsrecht auf unsere Kolleginnen und Kollegen auswirkt, die als Fachlehrer oder Sozialpädagogen mit A 9 bzw. A 10 eingestuft sind oder die aufgrund familiärer Bedingungen längere Zeit in Teilzeit beschäftigt waren, mag sich jeder selbst überlegen.

Dabei entbehren die drastischen Absenkungen der Pensionen jeder ökonomischen Begründung, da das Sozialprodukt und das Volkseinkommen in diesem Zeitraum erheblich stärker gestiegen sind als die Gehälter. Dazu haben die vielen Null- und Minirunden bei den Besoldungserhöhungen der letzten Jahre beigetragen.

Gewerkschaftliches Reden und Handeln muss diese enorme Verschlechterung der Beamtenversorgung berücksichtigen.

Eine höhere Pension ließe sich evtl. durch eine längere Lebensarbeitszeit erreichen. Aufgrund der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen können die Kolleginnen und Kollegen jedoch nur in den seltensten Fällen bis zur Regelaltersgrenze ohne Risiken für die eigene Gesundheit ihren Dienst verrichten.

GERHARD BRAUER
Ruheständler

BEURTEILUNGSWESEN

Gute Ergebnisse

Nachverhandlungen der Beurteilungsrichtlinien erfolgreich abgeschlossen

Zusammenhang:

Die Beurteilungsrichtlinie für den gesamten öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg (BeurtRL-FHH) gibt es seit September 2004 und sie sollte frühestens zum 1. 1. 2009 evaluiert werden. Die spezielle Beurteilungsrichtlinie für LehrerInnen (BeurtRL-Lehrkräfte) wurde darauf aufbauend nach zähen Verhandlungen zum 1. 8. 2006 eingeführt. Um die Lehrerrichtlinie ging es aber in diesen Verhandlungen nicht. Sie stehen erst an, wenn die Nachverhandlungen zur BeurtRL-FHH zwischen dem Personalamt auf der einen Seite und dem DGB und

dem Beamtenbund auf der anderen Seite unterzeichnet sind (PersVG §94).

Da die jetzt vorliegenden unterschriftsreifen Ergebnisse aber in zweierlei Hinsicht für die Kolleginnen und Kollegen relevant sind, sollen sie hier in der gebotenen Ausführlichkeit dargestellt werden.

Zum einen sind nämlich alle KollegInnen betroffen, die in den Schulen, Kitas und in den Behörden nicht als LehrerIn arbeiten (z.B. Sozpäds, ErzieherInnen und Sekretärinnen). LehrerIn sind dagegen in diesem Sinne alle, die unterrichten, also auch die Soz. Päd. in Vorschul-

klassen. Für sie gilt die BeurtRL-Lehrkräfte. Zum anderen werden diese Ergebnisse die Basis für die Verhandlungen zwischen GPR und BSB zur Lehrerrichtlinie sein.

Ergebnisse

Seit August 2011 wurden diese Nachverhandlungen zur BeurtRL-FHH geführt und liegen jetzt zur Unterschrift vor. Dabei war es nicht immer einfach, galt es doch zum einen, erst einmal Konsens auf unserer Verhandlungsseite herzustellen. Die Gewerkschaften und der Beamtenbund mussten oft erst ihre Positionen austauschen, um dann möglichst geschlossen die Interessen der Beschäftigten in den einzelnen Bereichen (also auch für die GEW-KollegInnen) gegenüber dem Personalamt zu vertreten.

Um eine grundsätzliche Kritik an dem neuen Beurteilungsweisen konnte es also auch vor-